

**Niederschrift**  
**über die Sitzung des Finanz- und Personalausschusses**  
**am 20.03.2012**

Tagungsort: Nahariya-Raum (Kleiner Saal, Altes Rathaus)

Beginn: 16:00 Uhr

Sitzungspause:

Ende: 16:50 Uhr

Anwesend:

CDU

Herr Gerhard Henrichsmeier  
Herr Rainer Lux (Vorsitzender)  
Herr Frank Strothmann  
Herr Detlef Werner

SPD

Herr Hans Hamann  
Frau Karin Schrader (ab 16:10 Uhr)  
Herr Holm Sternbacher  
Herr Dr. Nicolas Tsapos

Bündnis 90/Die Grünen

Herr Hartmut Geil  
Herr Klaus Rees

FDP

Herr Harald Buschmann

Die Linke

Frau Barbara Schmidt

Bürgernähe

Frau Barbara Geilhaar

Nicht anwesend:

Herr Ralf Schulze (BfB)

### Von der Verwaltung:

Herr Stadtkämmerer Löseke

Herr Becker – Umweltbetrieb (zu TOP 17)

Herr Kugler-Schuckmann – Umweltbetrieb (zu TOP 16 und 18)

Herr Goldbeck – Immobilienservicebetrieb (zu TOP 19 und 20)

Herr Epp – Amt für Jugend und Familie (zu TOP 22 – 24)

Herr Grinblats – Amt für Personal, Organisation und Zentrale Leistungen

Herr Köhler - Amt für Personal, Organisation und Zentrale Leistungen

Herr Berens – Amt für Finanzen und Beteiligungen

Herr Stühmeier - Amt für Finanzen und Beteiligungen

Frau Wemhöner - Amt für Finanzen und Beteiligungen (Schriftführerin)

### **Vor Eintritt in die Tagesordnung:**

Herr Lux stellt die ordnungsgemäße Einladung und Beschlussfähigkeit des Finanz- und Personalausschusses fest.

Auf Antrag von Herrn Werner wird einvernehmlich festgelegt, dass die Haushaltsvorlagen (TOP 8 bis 13) in 1. Lesung behandelt werden.

## Öffentliche Sitzung:

### Zu Punkt 1 Genehmigung des öffentlichen Teils der Niederschrift über die 28. Sitzung des Finanz- und Personalausschusses am 21.02.2012

#### Beschluss:

Die Niederschrift über den öffentlichen Teil der Sitzung des Finanz- und Personalausschusses am 21.02.2012 wird nach Form und Inhalt genehmigt.

- einstimmig beschlossen -

-.-.-

### Zu Punkt 2 Mitteilungen

Herr Löseke macht folgende Mitteilungen:

#### **1. Auswirkungen der Landtagsauflösung**

- Die Auflösung des Landtags hat zur Folge, dass die bisherige 15. Legislaturperiode beendet ist. Das hat zur Folge, dass sämtliche Befugnisse des Parlaments „auf Null gestellt“ sind. Es gilt das Prinzip der Diskontinuität. Sämtliche parlamentarische Initiativen wie zum Beispiel noch nicht abgeschlossene Gesetzesvorhaben sind beendet und müssen gegebenenfalls im neuen Landtag neu eingebracht und beraten werden.
- Für das Land gilt damit – ähnlich wie derzeit für die Stadt selbst – die sogenannte Übergangswirtschaft; d. h. Zahlungen können nur eingeschränkt (rechtliche Verpflichtung usw.) erfolgen.
- Für das GFG gilt, dass auf der Grundlage der ersten Modellrechnung Abschlagszahlungen auch an die Stadt Bielefeld geleistet werden; zur Höhe der endgültigen Zahlungen sind Aussagen erst nach Neukonstituierung des Landtags und Beschluss über den Landeshaushalt 2012 möglich.
- Es ist davon auszugehen, dass beantragte Landeszuwendungen insbesondere für neue Maßnahmen aufgrund bereits gestellter Anträge derzeit nicht bewilligt werden und es hierbei zumindest zu zeitlichen Verzögerungen kommen wird.

- Unklar ist derzeit auch, wie die Auswirkungen beim Thema Konnexitätsausgleich U 3 sein werden, da es hierzu noch kein verabschiedetes Gesetz gibt.

Ein Schreiben des Städte- und Gemeindebundes zu den Auswirkungen der Landtagsauflösung ist diesem Protokoll als **Anlage 1** beigefügt.

## **2. Zeitplan Haushaltsplan 2013**

Der Verwaltungsvorstand wird voraussichtlich am kommenden Dienstag (27.03.) über den Zeitplan für die Aufstellung des Haushaltsplans 2013 entscheiden.

Um über das Ergebnis zeitnah zu informieren, soll der Terminplan mit dem Protokoll zur heutigen Sitzung versandt werden. Sollte eine Entscheidung zum Terminplan erst zu einem späteren Zeitpunkt getroffen werden, erfolgt die Verteilung über die Fraktionsfächer.

## **3. Prüfung der Eröffnungsbilanz durch die Gemeindprüfungsanstalt**

Der Rat hat die Eröffnungsbilanz zum 01.01.2009 der Stadt Bielefeld am 15.12.2011 festgestellt. Anfang Januar 2012 wurde die Eröffnungsbilanz der Bezirksregierung Detmold angezeigt. Diese teilte daraufhin mit, dass sie das weitere Verfahren aussetze, bis der Prüfbericht der Gemeindeprüfungsanstalt dort vorliege und ausgewertet sei. Gegen die öffentliche Bekanntgabe der Eröffnungsbilanz wurden keine Bedenken erhoben.

Die Gemeindeprüfungsanstalt wird die Eröffnungsbilanz der Stadt Bielefeld in der Zeit vom 16.04. bis 04.05.2012 prüfen. Ein Auftaktgespräch mit den beteiligten Prüferinnen der GPA hat am 13.03.2012 stattgefunden. Bei planmäßigem Prüfungsverlauf ist mit dem endgültigen Prüfbericht voraussichtlich noch vor den Sommerferien zu rechnen. Über den Fortgang des Verfahrens wird der Finanz- und Personalausschuss auf dem Laufenden gehalten.

**Zu Punkt 3      Anfragen**

Anfragen liegen nicht vor.

---

**Zu Punkt 4      Überschreitung der Ansätze für Personal- und Versorgungsauszahlungen in der Finanzrechnung des Haushaltsjahres 2011 des Doppelhaushaltes 2010/2011**

Beratungsgrundlage:

Drucksachennummer: 3893/2009-2014

**Der Finanz- und Personalausschuss nimmt die Informationsvorlage zur Überschreitung der Ansätze für Personal- und Versorgungsauszahlungen zur Kenntnis.**

---

**Zu Punkt 5      Schuldenbericht 2011**

Beratungsgrundlage:

Drucksachennummer: 3745/2009-2014

**Der Finanz- und Personalausschuss nimmt den Schuldenbericht der Stadt Bielefeld für das Jahr 2011 zur Kenntnis.**

---

**Zu Punkt 6**

**Bericht über die Umsetzung der HSK-Maßnahmen zum Stand 31.12.2011**

Beratungsgrundlage:

Drucksachennummer: 3838/2009-2014

Herr Rees dankt der Verwaltung für den Bericht zur Umsetzung der HSK-Maßnahmen zum 31.12.2011. Erfreut habe er zur Kenntnis genommen, dass die Realisierungsquote am Jahresende bei 101 % liege. Damit seien die Konsolidierungsziele im Jahre 2011 voll erreicht worden. Für 2012 müsse der Konsolidierungskurs unverändert fortgesetzt werden.

**Der Finanz- und Personalausschuss nimmt den Bericht über die Umsetzung der HSK-Maßnahmen zum Stand 31.12.2011 zur Kenntnis.**

-.-.-

**Zu Punkt 7**

**Liste der Investitionsmaßnahmen für den Antrag auf Genehmigung einer Kreditermächtigung im Rahmen der vorläufigen Haushaltsführung.**

Beratungsgrundlage:

Drucksachennummer: 3804/2009-2014

**Beschluss:**

**Der Finanz- und Personalausschuss ist damit einverstanden, dass dem Antrag auf Genehmigung der sog. Viertelkreditermächtigung im Rahmen der vorläufigen Haushaltsführung die anliegende Liste der Investitionsmaßnahmen beigelegt wird.**

- einstimmig beschlossen -

-.-.-

Zu Punkt 8

**Haushaltsplan 2012 für die Produktgruppe 11.01.18 -  
Verwaltungsleitung - Dezernat Inneres/Finanzen sowie  
Stellenplan für den Stab Dezernat 1**

Beratungsgrundlage:

Drucksachennummer: 3819/2009-2014

1. Lesung -

---

Zu Punkt 9

**Haushaltsplan 2012 für die Produktgruppe 11.01.26 -  
Arbeitssicherheit/Gesundheitsschutz sowie Stellenplan für  
den Betrieblichen Gesundheitsschutz**

Beratungsgrundlage:

Drucksachennummer: 3839/2009-2014

1. Lesung -

---

Zu Punkt 10

**Haushaltsplan 2012 für die Produktgruppen 11.01.06 - Zentrale  
Dienste, 11.01.08 - Personalmanagement, 11.01.10 -  
Organisationsangelegenheiten - sowie Stellenplan für das Amt  
für Personal, Organisation und Zentrale Leistungen**

Beratungsgrundlage:

Drucksachennummer: 3887/2009-2014

Herr Werner stellt fest, dass sich der Personalaufwand im Bereich der Zentralen Dienste um rd. 250.000 € erhöht haben. Für ihn seien die Gründe dafür nicht nachvollziehbar. Herr Grinblats erklärt, dass erstmalig die zentrale Vergabestelle im Budget des Amtes berücksichtigt werde. Damit verbunden seien auch Umschichtungen im Stellenplan, die auf der Personalaufwandsseite nachzuvollziehen seien. Herr Geil erklärt, dass er sich zu maßgeblichen Veränderungen aussagekräftigere Begründungen und übersichtlichere Darstellungen in der Vorlage gewünscht hätte.

1. Lesung -

---

**Zu Punkt 11      Haushaltsplan 2012 für die Produktgruppe 11.01.12 -  
Schwerbehindertenvertretung**

Beratungsgrundlage:

Drucksachennummer: 3890/2009-2014

1. Lesung -

---

**Zu Punkt 12      Haushaltsplan 2012 für die Produktgruppe 11.01.04 -  
Beschäftigtenvertretung**

Beratungsgrundlage:

Drucksachennummer: 3891/2009-2014

1. Lesung -

---

**Zu Punkt 13      Haushaltsplan 2012ff. für die Produktgruppen 11.01.09 -  
Finanzmanagement und Rechnungswesen -, 11.01.61 - Finanz-  
und Personalausschuss - und 11.16.01 - Allgemeine  
Finanzwirtschaft - sowie Stellenplan für das Amt für Finanzen  
und Beteiligungen**

**Zu Punkt 13.1      Haushaltsplan 2012 ff. für die Produktgruppen 11.01.09  
-Finanzmanagement und Rechnungswesen-, 11.01.61 -Finanz-  
und Personalausschuss- und 11.16.01. -Allgemeine  
Finanzwirtschaft- sowie Stellenplan für das Amt für Finanzen  
und Beteiligungen**

Beratungsgrundlage:

Drucksachennummer: 3870/2009-2014

Herr Werner erklärt, dass ihm aufgefallen sei, dass sich in der Produktgruppe „Finanzmanagement und Rechnungswesen“ die

ordentlichen Aufwendungen im Vergleich zum Vorjahr deutlich erhöht haben. Herr Berens führt dazu aus, dass diese Veränderung im Wesentlichen aus der Notwendigkeit resultiere, dass die Gewinnausschüttungen der Beteiligungen zukünftig brutto auszuweisen seien. Kapitalertragssteuer sowie der abgeführte Solidaritätszuschlag seien aufgrund des im Haushalt geltenden Bruttoprinzips entsprechend auszuweisen. Die Gewinnabführungen der Beteiligungen werden in den entsprechenden Produktgruppen entsprechend höher ausgewiesen, so dass die Veränderungen im Ergebnis haushaltsneutral seien.

1. Lesung -

---

**Zu Punkt 13.2 Haushaltsplan 2012 ff. für die Produktgruppen 11.01.09 -Finanzmanagement und Rechnungswesen-, 11.01.61 -Finanz- und Personalausschuss- und 11.16.01. -Allgemeine Finanzwirtschaft- sowie Stellenplan für das Amt für Finanzen und Beteiligungen**

Beratungsgrundlage:

Drucksachennummer: 3870/2009-2014/1

1. Lesung -

---

**Zu Punkt 14 Abschluss einer Anschlussvereinbarung zur bestehenden Finanzierungsvereinbarung zwischen der Stadt Bielefeld und der eigenbetriebsähnlichen Einrichtung Bühnen und Orchester der Stadt Bielefeld für den Zeitraum 2013 - 2016**

Beratungsgrundlage:

Drucksachennummer: 3733/2009-2014

**Der Finanz- und Personalausschuss nimmt den Abschluss einer Anschlussvereinbarung zur bestehenden Finanzierungsvereinbarung für den Zeitraum 2013 – 2016 zur Kenntnis.**

---

Zu Punkt 15

**Wirtschaftsplan für das Wirtschaftsjahr 2012/2013 der eigenbetriebsähnlichen Einrichtung Bühnen und Orchester der Stadt Bielefeld**

Beratungsgrundlage:

Drucksachenummer: 3678/2009-2014

**Beschluss:**

Der Finanz- und Personalausschuss empfiehlt dem Rat wie folgt zu beschließen:

1. **Gem. § 4 Eigenbetriebsverordnung (EigVO) wird dem Wirtschaftsplan der eigenbetriebsähnlichen Einrichtung Bühnen und Orchester der Stadt Bielefeld (BuO) für das Wirtschaftsjahr 2012/2013 zugestimmt.**

**Es werden festgestellt:**

**Der Erfolgsplan mit einem Jahresüberschuss in Höhe von TEUR 3 (Anlage 1), der Vermögens- und Finanzplan (Anlage 2) und die Stellenübersicht (Anlage 3) in der vorgelegten Fassung.**

**Die mittelfristige Erfolgsplanung und die mittelfristige Vermögens- und Finanzplanung werden zur Kenntnis genommen.**

2. **Die Betriebsleitung von BuO wird ermächtigt, im Wirtschaftsjahr 2012/2013 zur Liquiditätssicherung verzinsliche Kassenkredite bis zu einer Höhe von maximal TEUR 500 beim Haushalt der Stadt Bielefeld aufzunehmen.**
3. **Die Betriebsleitung wird weiterhin ermächtigt, auf der Basis des Erfolgsplanes 2012/2013, der einen Jahresgewinn von TEUR 3 ausweist, bis zur Verabschiedung des Wirtschaftsplanes 2013/2014 Verpflichtungen bis zur Höhe von 70% des für das Wirtschaftsjahr 2012/2013 geplanten spielplanbezogenen Aufwandes (Anlage 4) einzugehen.**
4. **Die Einschränkungen der Übergangswirtschaft gelten für den Betrieb bis zum Erlass der Haushaltsverfügung der Bezirksregierung für den kommunalen Haushalt 2012 der Stadt Bielefeld fort. Sollten sich daraus Nebenbestimmungen bzw. Auflagen für die Durchführung des Wirtschaftsplanes ergeben, sind diese zu beachten und entsprechend umzusetzen.**

/(Die Vorlage ist als Anlage Bestandteil dieser Niederschrift.)

- einstimmig beschlossen -

-.-.-

Zu Punkt 16

**Grundsätze der Stadt Bielefeld für die künftige Pflege von Grünanlagen, Spielplätzen, Sportplätzen und sonstigen Außenanlagen**  
**- Beschluss über die Systematik des neuen Grünflächenkonzeptes -**

Beratungsgrundlage:

Drucksachenummer: 3378/2009-2014

Auf die Nachfragen von Herrn Hamann und Herrn Lux, inwieweit sich das neue Grünflächenkonzept auf den Haushalt bzw. den Pflegestandard auswirkt, erklärt Herr Kugler-Schuckmann, dass das Konzept auf den bislang vorhandenen Mitteln und Flächen aufsetze. Bei neuen Flächen sei stets eine Folgekostenbetrachtung erforderlich. Soweit eine Finanzierung der Kosten nicht möglich sei, müsse an anderen Stellen der Pflegestandard reduziert werden. Aufgrund der aktuellen Beschlusslagen seien bereits Flächenzuwächse zu verzeichnen, die einen Mehraufwand von rd. 800.000 € verursachen werden.

**Beschluss:**

**Der Finanz- und Personalausschuss empfiehlt dem Rat wie folgt zu beschließen:**

- 1. Die Ergebnisse des Gutachtens über die Organisationsuntersuchung für den Geschäftsbereich Grünflächen u. Friedhöfe – 700.6 – im Umweltbetrieb werden zur Kenntnis genommen.**
- 2. Das flexible und integrative Grünflächenkonzept wird als Grundlage für die zukünftige Pflege der städtischen Grünanlagen beschlossen.**
- 3. Die Verwaltung wird beauftragt, für die einzelnen Grünanlagen, die Pflege im Rahmen des flexiblen und integrativen Grünflächenkonzeptes (Qualitätstypen und –level) konkret zu definieren und zeitnah in einem 2. Schritt zur Diskussion und Beschlussfassung in den jeweils zuständigen politischen Gremien vorzulegen.**

/(Die Vorlage ist als Anlage Bestandteil dieser Niederschrift.)

- einstimmig beschlossen -

-.-.-

**Zu Punkt 17      Wirtschaftsplan Umweltbetrieb 2012**

**Zu Punkt 17.1    Wirtschaftsplan des Umweltbetriebes der Stadt Bielefeld für das Jahr 2012**

Beratungsgrundlage:

Drucksachennummer: 3594/2009-2014

mit Punkt 17.2 zusammen beraten und abgestimmt

-.-.-

**Zu Punkt 17.2    Wirtschaftsplan des Umweltbetriebes der Stadt Bielefeld für das Jahr 2012**

Beratungsgrundlage:

Drucksachennummer: 3594/2009-2014/1

**Der Finanz- und Personalausschuss empfiehlt dem Rat den Wirtschaftsplan zu beschließen. Der Rat der Stadt beschließt den Wirtschaftsplan 2012 des UWB in Anlage 1 A (Gesamt-Erfolgsplan UWB), 1 A 1 (Sparten-Erfolgsplan), 1 B (Vermögens- und Finanzplan), 1 D mittelfristige Erfolgsplanung und 1 C (Stellenübersicht).**

**Die geplante Gewinnausschüttung in Höhe von 8.599 TEUR aus dem Jahresergebnis 2012 erfolgt im Rahmen des Jahresabschlusses für das Jahr 2012.**

**Der Höchstbetrag der Kassenkredite, die im Wirtschaftsjahr 2012 zur rechtzeitigen Leistung von Ausgaben in Anspruch genommen werden dürfen, wird auf 30 Mio. EUR festgesetzt.**

**Im Wirtschaftsjahr 2012 sind Umschuldungen in Höhe von 26,29 Mio. EUR vorgesehen.**

**Die Zuweisungen für die Grünflächen und die Straßeninstandhaltung sowie weitere Zahlungen aus dem Kernhaushalt stehen unter dem Vorbehalt der Beschlussfassung des Haushaltes der Stadt vom Rat – voraussichtlich am 05.07.2012 –. Bis dahin erhält der UWB lediglich 80% der Zuweisungen.**

/(Die Vorlage ist als Anlage Bestandteil dieser Niederschrift.)

- einstimmig beschlossen -

-.-.-

**Zu Punkt 18**

**Sanierung Weser-Lutter - Entscheidungen zum weiteren Vorgehen**

Beratungsgrundlage:

Drucksachenummer: 3813/2009-2014

Herr Werner erklärt, dass seine Fraktion beantrage, die Vorlage in der heutigen Sitzung lediglich in erster Lesung zu beraten. Seine Fraktion habe noch Beratungsbedarf. Herr Rees regt darauf hin an, über die Vorlage im Rahmen einer Sondersitzung vor der Ratssitzung am 29.03.2012 zu beschließen. Herr Löseke verweist auf die terminlichen Probleme am Tag der Ratssitzung. Herr Werner führt aus, dass seines Wissens auch nach Einschätzung des zuständigen Dezernates keine Beschlussfassung in der Märzsession des Rates erforderlich sei. Herr Rees teilt mit, dass seines Erachtens eine zeitnahe Entscheidung erforderlich sei, da die Umsetzung der Maßnahme einen erheblichen Vorlauf benötige. Herr Hamann weist darauf hin, dass der Finanz- und Personalausschuss inhaltlich lediglich für die Umschichtung bzw. Bereitstellung der Mittel zuständig sei. Eine fachliche Diskussion dürfe hier nicht geführt werden. Um den Fortgang der Angelegenheit nicht zu gefährden, schlage er vor, über die Vorlage in der heutigen Sitzung zu entscheiden.

Herr Lux lässt daraufhin zunächst über den Antrag der CDU-Fraktion zur Geschäftsordnung abstimmen.

**Beschluss:**

**Der Finanz- und Personalausschuss befasst sich mit der Drucksachen-Nr. 3378/2009-2014 in 1. Lesung. Die Beschlussfassung wird auf einen späteren Termin verschoben.**

– mit Mehrheit abgelehnt –

Anschließend fasst der Finanz- und Personalausschuss folgenden

**Beschluss:**

**Der Finanz- und Personalausschuss empfiehlt dem Rat wie folgt zu beschließen:**

**In Abänderung bzw. Ergänzung des Ratsbeschlusses vom 04.11.2010 (Vorlage 1340/2009-2014) wird die erforderliche Sanierung der verrohrten Lutter wie folgt angegangen:**

- 1. Für die weitere Sanierungsplanung wird die Variante 2 (siehe Anlage 1) zugrunde gelegt. Die Verwaltung wird beauftragt, umgehend entsprechende vertiefende Ausführungsplanungen zu veranlassen. Ziel ist es, mit der Sanierung so rasch als möglich zu beginnen.**
- 2. Mit der Sanierung soll im Bereich zwischen Niederwall und Teutoburger Straße in modifizierter offener Bauweise begonnen werden.**
- 3. Die vom Rat grundsätzlich beschlossenen Mittel in Höhe von 10 Mio. € werden für diesen Bauabschnitt verwendet. Die investive Finanzplanung bis 2015 ist entsprechend anzupassen. Über die Bereitstellung der weiteren erforderlichen Mittel wird zu einem späteren Zeitpunkt entschieden. Hierzu soll zunächst eine Abstimmung mit der Bezirksregierung Detmold – auch hinsichtlich der mit dem zehnjährigen HSK verfolgten Ziele – erfolgen.**
- 4. Die Verwaltung wird beauftragt, für das erforderliche Regenrückhaltebecken die Vor- und Nachteile der angedachten Standorte näher darzulegen (inkl. der Belastungen für die jeweilige Anwohnerschaft). Außerdem wird um eine Darstellung gebeten, welche weiteren Standorte aus welchen Gründen nicht in die nähere Betrachtung aufgenommen wurden.**
- 5. Der Rat beabsichtigt eine Entscheidung über den Beckenstandort so frühzeitig zu treffen, dass der Bau vor und zumindest parallel zu den vorgesehenen Sanierungsmaßnahmen im Inlinerverfahren erfolgen kann.**

/(Die Vorlage ist als Anlage Bestandteil dieser Niederschrift.)

- mit Mehrheit beschlossen -

-.-.-

**Zu Punkt 19**

**Wirtschaftsplan des Immobilienservicebetriebes für das  
Wirtschaftsjahr 2012**

Beratungsgrundlage:

Drucksachennummer: 3644/2009-2014/1

**Beschluss:**

**Der Finanz- und Personalausschuss empfiehlt dem Rat der Stadt Bielefeld wie folgt zu beschließen:**

- **Der Wirtschaftsplan 2012 des Immobilienservicebetriebes (ISB) wird beschlossen.**
- **Der Aufnahme von Kassenkrediten bis zu einer Höhe von 25 Mio. € wird zugestimmt.**

/(Die Vorlage ist als Anlage Bestandteil dieser Niederschrift.)

- einstimmig beschlossen -

**Zu Punkt 20**

-.--

**Nutzungskonzept für die städtischen Veranstaltungsflächen an der Radrennbahn**

**Beratungsgrundlage:**

Drucksachenummer: 3705/2009-2014

Auf Nachfrage von Herrn Werner erklärt Herr Goldbeck, dass sich aus der veränderten Entgeltordnung voraussichtlich keine nennenswerten Mindererträge ergeben werden. Die Miete pro Tag sei zwar geringer, dafür dürfe man jetzt auch für mehrtägige Auf- und Abbauten einen Mietzins erheben. Herr Rees regt in diesem Zusammenhang an, dass im Betriebsausschuss des ISB über die Ertragsentwicklung berichtet werden sollte. Herr Goldbeck stimmt diesem Vorschlag zu.

**Beschluss:**

**Der Finanz- und Personalausschuss empfiehlt dem Rat, folgenden Beschluss zu fassen:**

- 1. Dem neuen Nutzungskonzept für die städtischen Veranstaltungsflächen an der Radrennbahn wird zugestimmt. Die Betriebsleitung des Immobilienservicebetriebes wird mit der Umsetzung der Maßnahmen beauftragt.**
- 2. Der Rat der Stadt Bielefeld beschließt die Neufassung der Benutzungsordnung vom 27. Nov. 1986 und der Entgeltordnung vom 21. Jan. 2002 für das Veranstaltungsgelände an der Radrennbahn gem. Anlage 4 der Beschlussvorlage.**

/(Die Vorlage ist als Anlage Bestandteil dieser Niederschrift.)

- einstimmig beschlossen -

-.-.-

Zu Punkt 21

- 1. Änderung der Allgemeinen Vorschrift der Stadt Bielefeld vom 21.07.2011 für die Ausbildungsverkehr-Pauschale nach § 11a Abs. 2 ÖPNVG NRW**
- 2. Ausschüttung des nicht verbrauchten Eigenanteils der Ausbildungsverkehrs- Pauschale aus 2011**
- 3. Festsetzung des bereitzustellenden Budgets nach 6.2 der "Allgemeinen Vorschrift" für 2012**

Beratungsgrundlage:

Drucksachennummer: 3647/2009-2014

**Beschluss:**

Der Finanz- und Personalausschuss empfiehlt dem Rat wie folgt zu beschließen:

1. Der Rat beschließt die als Anlage 1 beigefügte 1. Änderungssatzung zur Ausbildungsverkehr-Pauschale als „Allgemeine Vorschrift“ nach § 11 a Abs. 2 ÖPNVG NRW vom 29.03.2012
2. Die aus 2011 nicht verbrauchten Mittel der Ausbildungsverkehrs-Pauschale werden zusätzlich zu den Mitteln aus 2012 an Verkehrsunternehmen weitergeleitet.
3. Das bereitgestellte Budget wird nach Ziffer 6.2 der allgemeinen Vorschrift im Jahr 2012 auf 95 % der Landesmittel festgesetzt.

/(Die Vorlage ist als Anlage Bestandteil dieser Niederschrift.)

- einstimmig beschlossen -

-.-.-

Zu Punkt 22

**Planung der Tagesbetreuung zum Kindergartenjahr 2012/2013**

Beratungsgrundlage:

Herr Epp teilt mit, dass die Vorlage in allen vorausgegangenen Ausschüssen einstimmig beschlossen wurde. Auf den Hinweis von Herrn Werner, wonach sich aus dem weiteren Ausbau Mehrbelastungen von rd. 1,82 Mio. € ergeben, erklärt Herr Epp, dass die laufenden Betriebskosten sowohl bei Ü3- wie auch bei U3-Plätzen stets zu 1/3 durch das Land und zu 2/3 durch die Stadt finanziert werden. Für den weiteren Ausbau von U3-Plätzen erwarte man Konnexitätszahlungen des Landes als Belastungsausgleich. Die konkrete Umsetzung durch das Land müsse abgewartet werden. Der Finanzierungsanteil der Stadt bei Ü3-Plätzen bleibe unberührt.

**Beschluss:**

**1. Der Jugendhilfeausschuss, die Beiräte und die Bezirksvertretungen stellen den durch die Jugendhilfeplanung und Trägergespräche ermittelten Bedarf an Betreuungsplätzen für das Kindergartenjahr 2012/2013 fest und beauftragen die Fachverwaltung diesen bis zum 15.03.2012 an das Ministerium für Familie, Kinder, Jugend, Kultur und Sport des Landes NRW zu melden:**

	Platzzahl* Tageseinrichtungen	davon unter 3 Jahren	davon über 3 Jahren	Platzzahl Tagespflege
la	322	1.048	2.733	
lb	1.331			
lc	2.128			
IIa	24	24		
IIb	233	233		
IIc	1.003	1.003		
IIIa	884		884	
IIIb	2.064		2.064	
IIIc	3.076		3.076	
<b>Summe</b>	<b>11.065</b>	<b>2.308</b>	<b>8.757</b>	<b>600**</b>

Stand: 05.01.2012

**\*Abweichungen gegenüber den Daten in der Anlage „Kindergartenbedarfsplanung“ ergeben sich aus der Tatsache, dass nicht alle Plätze über das KiBiz NW gefördert werden, insofern in dieser Vorlage keine Berücksichtigung finden können (56 Plätze in heilpädagogischen Gruppen und 45 Plätze in den sog. Intensivhorten sowie 15 Plätze in einer Kita, die vom Träger bzw. einem Betrieb frei finanziert werden, sowie 2 Kitas, die teilweise nur halbjährlich angemeldet werden weil die Inbetriebnahme erst im Laufe des KiGa-Jahres erfolgen wird).**

**\*\*Inkl. 50 Reserveplätze Tagespflege**

**2. Gegenüber dem Land NRW werden auf der Basis der zurzeit**

vorliegenden Erkenntnisse, vorbehaltlich einer endgültigen verwaltungsmäßigen und medizinischen Prüfung des Integrationsbedarfes von Kindern, 360 Integrationsplätze gemeldet. Sollten bis zum 15.03.2012 weitere Bedarfe vorliegen, wird die Verwaltung beauftragt, die Meldung entsprechend anzupassen.

3. Die Verwaltung wird analog zur Regelung im Kindergartenjahr 2011/2012 beauftragt, die erforderliche haushaltsmäßige Umsetzung zu gegebener Zeit für das Haushaltsjahr 2013 vorzunehmen bzw. den Haushalt 2012 unter Berücksichtigung der Veränderungen umzusetzen.

- einstimmig beschlossen -

-.-.-

## Zu Punkt 23

### Umsetzung der bedarfsgerechten Planung der Tagesbetreuung in Kindertageseinrichtungen und in der Tagespflege

#### Beratungsgrundlage:

Drucksachennummer: 3571/2009-2014

Herr Epp erläutert zunächst die unterschiedlichen Beschlusslagen aus den vorangegangenen Ausschussberatungen. Er teilt insbesondere mit, dass der Betriebsausschuss des ISB und die Bezirksvertretung Schildesche die Beschlussfassung zu Punkt 1 (Standorte) bislang zurückgestellt haben. Außerdem habe der Betriebsausschuss die Beschlussfassung zu Punkt 3 erweitert. Der Jugendhilfeausschuss habe daraufhin einen abweichenden Beschluss gefasst, der dem Finanz- und Personalausschuss in Form eines Protokollauszuges vorliege. Herr Epp erläutert darüber hinaus die verschiedenen Standortfragen und zeigt Lösungsmöglichkeiten auf. Herr Werner weist darauf hin, dass die Bezirksvertretung Schildesche bereits zweimal ergebnislos über die Standorte „Am Pfarracker“ und „Kopernikusstraße“ diskutiert habe. Für beide Standorte gebe es weitere Prüfaufträge. Auch in der Senne gebe es seines Wissens noch Beratungsbedarf. Herr Epp erklärt, dass in allen Bezirken Lösungsmöglichkeiten gesehen werden; darüber hinaus habe der Jugendhilfeausschuss seinen Beschluss vorbehaltlich der Entscheidung in der Bezirksvertretung Schildesche gefasst. Auf Nachfrage von Herrn Werner führt Herr Epp weiter aus, dass in der Anlage 2 zur Vorlage alle Kitas genannt werden, in denen der weitere U3-Ausbau erfolgen soll. Bestandteil sei auch eine Betriebs-Kita, da

diese durchaus gewünscht werde. Dazu werde es im Vorfeld aber auf jeden Fall eine entsprechende Beschlussvorlage geben; im Falle eines Beschlusses erfolge deren Ausbau aus dem vorgesehenen Gesamtfinanzvolumen von 10 Mio. €. Herr Rees betont ebenfalls, dass die BetriebsKita als Merkposten zu verstehen sei und dazu eine ausdrückliche Beschlussfassung erfolgen müsse. Abschließend weist Herr Epp nochmals darauf hin, dass der Beschluss des Jugendhilfeausschusses die im Stadtbezirk Schildesche noch bestehende Unsicherheit durch den Vorbehalt berücksichtige; darüber hinaus liege ein einstimmiges Stimmungsbild vor. Außerdem müsse Punkt 2 des Beschlussvorschlages nicht beschlossen werden, wenn eine positive Entscheidung zum nächsten Tagesordnungspunkt getroffen werde. Diese sei im Ergebnis weitreichender.

### **Beschluss:**

1. **Dem Bau von acht neuen Kindertageseinrichtungen wird zugestimmt. Den Standortvorschlägen Rabenhof, Große Heide, Bielsteinstraße Nord, Von-Möller-Straße, Am Pfarracker und Kopernikusstraße (die beiden letztgenannten vorbehaltlich der Zustimmung der BZV Schildesche) wird ebenfalls zugestimmt. Dem Wunsch der Bezirksvertretungen Senne und Stieghorst nach dem Bau je einer neuen Kindertageseinrichtung soll entsprochen werden, wenn geeignete Grundstücke zeitnah zur Verfügung stehen. Sollten diese Standorte nicht realisiert werden können, dann werden die Standorte Ehlenruper Weg und Bielsteinstraße Süd umgesetzt. Die Verwaltung wird gebeten, einen geeigneten Standort für eine weitere Kindertageseinrichtung im Stadtbezirk Dornberg zu prüfen.**
2. ---
3. **Zur baulichen Umsetzung des Umbau- und Erweiterungsprogramms der städtischen Kindertageseinrichtungen werden im Immobilienservicebetrieb fünf jeweils auf zwei Jahre befristete Stellen eingerichtet. Die finanzielle Deckung der zeitlich befristeten Stellen des ISB wird im laufenden Haushaltsvollzug innerhalb des Etats des Dezernates 5 sichergestellt.**

- einstimmig beschlossen -

---

Zu Punkt 24

**Verwendung von Mitteln der Bildungspauschale 2012 - 2014 für den Ausbau der U3-Betreuung in städtischen Kindertageseinrichtungen**

Beratungsgrundlage:

Drucksachenummer: 3741/2009-2014

**Beschluss:**

**Der Finanz- und Personalausschuss beschließt vorbehaltlich einer entsprechenden Entscheidung im Schul- und Sportausschuss:**

- 1. Die Ausfinanzierung der An- und Umbaumaßnahmen für den Ausbau der U 3-Betreuung in städtischen Kindertageseinrichtungen in Höhe von insgesamt ca. 5,2 Mio. € der Jahre 2013 und 2014 erfolgt durch die Inanspruchnahme von Mitteln der Bildungspauschale.**
- 2. Diese Mittel sind im Wirtschaftsplan des Immobilienservicebetriebes in den betreffenden Haushaltsjahren entsprechend darzustellen.**

- einstimmig beschlossen -

-.-.-

Bielefeld, 20.03.2012

---

Rainer Lux  
(Vorsitzender)

---

Heike Wemhöner  
(Schriftführerin)